

Rede des Landrates zur Einbringung des Haushalts 2025

Es gilt das gesprochene Wort.

Der Kreis Warendorf – unsere Heimat in Europa

Seit dem 1. Januar 1975 besteht der Kreis Warendorf in seiner heutigen Form. Durch das „Münster/Hamm-Gesetz“ vom 9. Juli 1974, das am 1. Januar 1975 in Kraft trat, wurde die kommunale Neugliederung in Gesetzesform gegossen. Ziel war es, größere und effizientere Verwaltungseinheiten zu schaffen, um gestiegenen Aufgaben der öffentlichen Hand zu erfüllen. Kaum eine Verwaltungsreform bietet 50 Jahre nach ihrer Umsetzung noch so regelmäßig Anlass für Diskussionen oder zumindest für einige Anekdoten.

FOLIE 2

Auch weil die Umsetzung ohne nennenswerte Bürgerbeteiligung erfolgte, löste sie zum Teil hitzige Debatten aus – und in praktisch jedem Ort zwischen Rhein und Weser können jene, die die Entscheidung und Umsetzung miterlebt haben, über kontroverse Diskussionen berichten. Selbst jene, die nach 1975 geboren wurden, kennen die Geschichten über „von Düsseldorf“ oktroyierte Fusionen mit der ungeliebten Nachbarkommune.

Gleichwohl hat die Geschichte gezeigt, dass die Kreisgebietsreform richtig war. So können wir in diesem Jahr voller Stolz das Jubiläum „50 Jahre Kreis Warendorf“ begehen. Mittlerweile sind wir längst eine Einheit und verstehen den Kreis Warendorf als unsere Heimat in Nordrhein-Westfalen, Deutschland und Europa.

FOLIE 3

Weil das 50-jährige Jubiläum ein erfreulicher Anlass ist, werden wir das gebührend und der aktuellen Finanzsituation angemessen feiern. Es wird einen würdigen Festakt im Frühjahr geben, der ganz bewusst in der früheren Kreisstadt Beckum stattfinden wird.

Vielleicht taucht dann auch das erste BE-Kennzeichen auf, das 2014 vom Wagen des Bürgermeisters abmontiert wurde und nun vermutlich seit Jahren in einem Beckumer Partykeller hängt...

FOLIE 4

Aber ganz im Ernst: Wir laden aus diesem freudigen Anlass alle Menschen im Kreis zu einem Bürgerfest mit einer „Leistungsschau“ des Kreises und der 13 Kommunen, leckeren Speisen und kühlen Getränken sowie musikalischer Darbietungen ein. Und wir feiern unser traditionelles Sommerfest im Zeichen der ehrenamtlichen Kommunalpolitiker. Dazu laden wir alle ehrenamtlich in den Räten und Ausschüssen der Städte und Gemeinden engagierten Kommunalpolitikerinnen und –politiker auf Haus Nottbeck ein. *Eine Ausstellung zum Thema „1250 Jahre Westfalen“, die sich mit den Ursprüngen unseres Landesteils befasst und in dessen Kontext die Abtei Liesborn eine besondere Rolle spielt, wird das Jubiläumsjahr abrunden.*

Ich denke, diese Aufbruchstimmung, diesen Mut zur Gestaltung der 1970er-Jahre, bräuchten wir gerade jetzt auf allen staatlichen Ebenen in unserem Land. Für die kommunale Familie kann ich bestätigen, dass wir uns daran orientieren und noch viel mehr Projekte umsetzen würden, wenn uns Bund und Land mehr finanzielle Möglichkeiten

ließen. Dabei glaube ich auch für die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sprechen zu können.

FOLIE 5

Erlauben Sie mir einen kurzen Exkurs in diese Zeit. 1975 befanden wir uns in einer geopolitischen Situation, die sich durchaus mit unserer heutigen Lage vergleichen lässt. Es gab eine Konfrontation der westlichen Staaten in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) sowie der NATO mit der Sowjetunion und den Staaten des Warschauer Paktes.

Die Bundeskanzler Willy Brandt und später Helmut Schmidt setzten auf Diplomatie, um der Bedrohung zu begegnen. „Wandel durch Annäherung“ hieß der Ansatz.

Aber Grundlage für die diplomatische Initiative war ganz eindeutig eine starke ins westliche Verteidigungsbündnis der NATO eingebundene Bundeswehr, die 1975 über 486.000 Soldaten verfügte. Denn beide Kanzler wussten, dass die Gegenseite nur für ernsthafte Gespräche zu gewinnen war, wenn diese aus einer Position der Stärke heraus angeboten werden konnten.

Und so lagen die Verteidigungsausgaben der Bundesrepublik in den 1970er Jahren im Schnitt zwischen 3,1 und 3,5 % des Bruttoinlandsproduktes. Auch ein gut ausgestatteter Bevölkerungsschutz war Teil der Abschreckung.

Insofern tun wir auch gut daran, unseren Beitrag zu leisten und in unserem Verantwortungsbereich den Bevölkerungsschutz zu stärken. Im Kreis Warendorf engagieren wir uns in diesem Bereich seit vielen Jahren, nicht erst seit dem Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine. Der Aufbau eines umfangreichen Sirenen-Systems mit nahezu 100 Sirenen im Kreis ist nur ein Beispiel dafür. Ich werde

später noch ausführlicher auf die Stärkung des Bevölkerungsschutzes eingehen.

Kreis ist beliebter Arbeitgeber

FOLIE 6

Zu den erfreulichen Pflichten eines Hauptverwaltungsbeamten gehört es, langjährigen Mitarbeitern – bei einer Tasse Kaffee – zum 25- oder 40-jährigen Dienstjubiläum zu gratulieren. Das kommt oft vor und zeigt, dass wir Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben, die schon richtig lange bei uns sind. Ich bin davon überzeugt, dass dies für den Kreis als Arbeitgeber mit einem guten Betriebsklima, interessanten Entwicklungsmöglichkeiten und einem insgesamt wertschätzenden Umgang spricht.

FOLIE 7

Der Kreis ist ein wichtiger Arbeitgeber in der Region, der sich seiner Verantwortung bewusst ist. Um dem prognostizierten Fachkräftemangel entgegenzuwirken, bilden wir gezielt aus. Aktuell haben wir knapp 100 Auszubildende in 18 verschiedenen Berufsbildern.

Um motivierte und fähige junge Leute für die Arbeit im Öffentlichen Dienst zu gewinnen, setzen wir neben der fundierten Ausbildung auf weitere Aspekte die der jungen Generation wichtig sind, wie etwa die selbstverständliche Möglichkeit, mobil bzw. von Zuhause zu arbeiten.

Auch wenn die Kreisverwaltung ein großer Arbeitgeber ist, möchte ich betonen, dass wir laut GPA einen vergleichsweise niedrigen Stellenplan vorweisen können. Es war und ist stets unser Ziel, den Personalkörper so schlank wie möglich zu halten.

Das Personalbudget des Kreises steigt um rund 3,4 Mio. Euro bzw. 3,25 Prozent auf 106.97 Mio. Euro. Hintergrund sind vor allem die Tarifsteigerungen für Beamte und Angestellte im öffentlichen Dienst. Der Stellenplan wird um nur 7,0 Stellen auf 1.134,5 Planstellen erweitert.

Ob sich im Laufe des kommenden Jahres noch Veränderungen durch Verstärkungen des Rettungsdienstes ergeben, bleibt abzuwarten. Aktuell führen wir noch Verhandlungen mit den Krankenkassen auf Grundlage eines von uns eingeholten Rettungsdienstlichen Gutachtens, deren Ergebnis natürlich noch offen ist.

Wir werben um die besten Mitarbeiter (Arbeitgeber-Marke)

FOLIE 8

Wir stellen fest, dass sich der Arbeitsmarkt aufgrund der demographischen Entwicklung zu einem „Bewerbermarkt“ wandelt. Der damit verbundene Wettbewerb um die besten Talente, um fähige und leistungsbereite junge Menschen, aber auch erfahrene Fachkräfte aller Altersklassen, erschweren die Rekrutierung qualifizierten Personals.

Der Kreis Warendorf konkurriert dabei nicht nur mit anderen öffentlichen Arbeitgebern, sondern auch mit Wirtschaftsunternehmen in unserer Region.

Um sich von der Konkurrenz abzusetzen und als Arbeitgeber für potenzielle Bewerber auf unterschiedlichen Werbekanälen sichtbarer zu werden, entwickelt der Kreis Warendorf nun eine eigene Arbeitgebermarke.

Sparkasse bündelt ihre Kräfte für die Kunden (Sparkassenfusion)

FOLIE 9

Seit fast 50 Jahren besteht der Kreis Warendorf in seiner heutigen Form. Und nach 50 Jahren ist es nun gelungen, die Sparkassen im Kreis unter dem Dach der Sparkasse Münsterland Ost zu einer der großen Sparkassen in Deutschland zu vereinigen. Mit einem addierten Bilanzvolumen von rund 14 Mrd. Euro zählt sie zu den 15 größten der rund 350 Sparkassen in Deutschland. Und sie ist wirtschaftlich stark aufgestellt....

Es war ein großer Erfolg, dass die wirtschaftlich sinnvolle Fusion in Beckum und Wadersloh sehr einvernehmlich und ohne öffentliche Auseinandersetzung erfolgte.

Wir geben Stabilität und Verlässlichkeit unter widrigen wirtschafts- und finanzpolitische Rahmenbedingungen

FOLIE 10

Ich möchte nun auf den Haushalt des Kreises Warendorf eingehen und dazu einen Blick auf die Rahmenbedingungen werfen, die unsere Finanzsituation bestimmen.

Die Haushaltssituation des Kreises, seiner Städte und Gemeinden und letztlich der gesamten kommunalen Familie war in den letzten Jahren durch mehrere große Krisenlagen bestimmt:

Der Corona-Pandemie mit Lockdowns und wirtschaftlichen Einbrüchen, sowie dem Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine mit der Energiepreiskrise und dem Zustrom von Menschen aus der Ukraine in die sozialen Sicherungssysteme.

Als ökonomische Folge dieser dramatischen Entwicklungen stiegen die Preise für fast alle Güter und Waren sprunghaft an und verständigten sich die Tarifparteien auch im öffentlichen Dienst auf hohe Gehaltssteigerungen; in der Spitze von 17%.

Zudem gehen die Wirtschaftsforschungsinstitute für 2023 und nun auch für 2024 gar von einem Rezessionsjahr aus. Die Wachstumsrate der Volkswirtschaft, die eigentlich Garant für sprudelnde Steuern und Arbeitsplätze sein sollte, ist äußerst niedrig und quartalsweise sogar negativ.

Sie ist in jedem Fall viel zu niedrig, um mit dem Ausgabeanstieg Schritt zu halten. Und wenn die Ausgaben deutlich stärker steigen als die Einnahmen aus Steuern und staatlichen Zuweisungen – wie in diesen Jahren -, dann wachsen die Defizite.

Für den Kreishaushalt zeigt sich diese negative Entwicklung beispielsweise wie folgt: Die wichtigen Schlüsselzuweisungen, gespeist aus Steuereinnahmen im Land NRW, werden um 1,35 Mio. € in 2025 sinken; auf nur noch 48 Mio. €.

Das Land kürzt im sozialen Bereich

In diesem Kontext sind im Landes-Haushalt NRW für 2025 erhebliche Kürzungen für den sozialen Bereich geplant. Landesmittel für Präventionsprogramme in der Sucht- und Drogenprävention, oder Beratungsangebote werden stark gekürzt oder in Einzelfällen ganz gestrichen. Es ist keineswegs ausgeschlossen, dass Programme zur

Integration von Geflüchteten wie das Programm Komm-An und damit Stellen in unserem Kommunalen Integrationsmanagement gestrichen werden.

Zahl der Bürgergeldempfänger steigt

Die Zahl der Menschen, die bei uns im Kreis Bürgergeld erhalten, steigt stetig an. Aktuell sind es 16.500 Personen, davon 11.600 grundsätzlich erwerbsfähige Leistungsberechtigte. Die sog. Bedarfsgemeinschaften liegen in diesem Jahr schon um rund 300 höher als erwartet und finanzwirtschaftlich eingeplant, und für das kommende Jahr wird mit weiteren 300 gerechnet. Dabei handelt es sich fast ausschließlich um sog. Flüchtlingsbedarfsgemeinschaften (einschl. Menschen aus der Ukraine).

Aufwendungen für Flüchtlinge steigen

Die Aufwendungen für Flüchtlinge im Kreishaushalt alleine summieren sich in diesem Jahr auf etwa 66 Mio. € - bei Gesamtaufwendungen von etwa 600 Mio. €. In den vergangenen Jahren ist der Bund seiner Aufgabe nachgekommen, in großem Umfang diese Aufwendungen der Kreise zu finanzieren.

Er zieht sich aber nach und nach u.a. wegen eigener Etatprobleme aus der Mitfinanzierung zurück. 2023 musste der Kreis über 9 Mio. € aus eigenen Mitteln – letztlich aus Kreisumlage der Städte und Gemeinden – tragen. In diesem Jahr zeichnen sich bereits fast 18 Mio.

€ ab, die Kreis und Kommunen tragen müssen – *und die nicht von Bund oder Land gedeckt werden.* Auch der Betrag für 2025 steigt!

ÖPNV muss auskömmlich finanziert werden

Wir sind uns einig, dass ein gut ausgebauter und zuverlässiger, auf die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger zugeschnittener Personennahverkehr unabdingbar für die Reduktion der Kohlenstoff-Emissionen und eine Eindämmung des Verkehrs in den Städten ist. Gleichwohl ist ein guter ÖPNV für die öffentliche Hand mit erheblichen Kosten verbunden. Die Netto-Aufwendungen für den ÖPNV liegen im Jahr 2025 bei etwa 5,6 Mio. Euro.

Das sich die Landesverkehrsminister nun kürzlich auf einen neuen Preis des Deutschland-Tickets in Höhe von 58 € geeinigt haben, ist ein erster Schritt. Allerdings beginnen die Probleme erst jetzt: Denn wenn Bund und Länder nicht bereit sind, langfristig eine auskömmliche Finanzierung des ÖPNV in der Fläche zu garantieren, werden auch 58 Euro für das Deutschlandticket auf Dauer nicht reichen.

Seit Einführung des Deutschlandtickets ist die dauerhafte Finanzierung ungeklärt, was erhebliche wirtschaftliche Risiken für die kommunalen Aufgabenträger und die kommunalen Verkehrsunternehmen mit sich bringt.

Die Kommunen und Kreise dürfen nicht zu Ausfallbürgen des Bundes und der Länder werden! Wir sehen nach wie vor Bund und Land in der Pflicht, die auskömmliche Finanzierung des Deutschlandtickets zu garantieren.

Doch allein das Deutschland-Ticket wird es nicht bringen. Darüber hinaus sind zusätzliche Investitionen in den ÖPNV dringend

notwendig, um Menschen dauerhaft von Bus und Bahn zu überzeugen. Wir brauchen gleichzeitig Investitionen in Infrastruktur, Betrieb und Leistungsausbau. Das dürfen Bund und Länder nicht weiter vernachlässigen. Gerade im ländlichen Raum, in dem der ÖPNV aufgrund der längeren Wege und geringeren Bevölkerungsdichte kostenintensiver ist, gibt es den größten Nachholbedarf.

Stabile Wirtschaft vor Ort stützt die Kommunen

Einzig erfreulich ist die Entwicklung der Steuereinnahmen unserer Kommunen in den letzten 12 Monaten bis Juli, die die Grundlage für die Erhebung unserer Kreisumlage bilden:

Sie stiegen um 5,5% und damit deutlicher als im Landesdurchschnitt mit nur 3,5%. Ein wenig erfreulich sind auch die leicht erhöhten Schlüsselzuweisungen um rd. 1,37 Mio. € insgesamt in 2025 (71,75 Mio. €), wobei vier Kommunen (Ennigerloh, Everswinkel, Oelde und Sassenberg) auch leer ausgehen.

Die kommunalen Haushalte für das nächste Jahr sind zusammengefasst – wie sich seit längerem abzeichnete – unter äußerst schwierigen Rahmenbedingungen aufzustellen und politisch zu beraten.

Der Haushalt in Zahlen:

Lassen Sie uns einen genaueren Blick auf die Zahlen des Kreishaushaltes für 2025 werfen und ein wenig ins Detail gehen.

Das Haushaltsvolumen wird sich auf rund 640 Mio. € belaufen und damit um gut 50 Mio. € im Vergleich zu Vorjahr wachsen. (2023: 589,22 Mio. €; + 50,61 Mio. €).

FOLIE 11

Eine der größten Positionen ist die Landschaftsumlage, aus der der LWL seine Leistungen vor allem im Sozialbereich, aber auch in der Kulturförderung finanziert.

Der Kreis leitet heute schon bereits annähernd 60% seiner allgemeinen Kreisumlage an den LWL weiter; im nächsten Jahr mit knapp 102 Mio. € drastische 8,3 Mio. € mehr als noch 2024.

In unserem Eckdatenpapier wurde ein Hebesatz von 18,1 % mit einem Zahlbetrag von rund 102 Mio. € im Entwurf des Haushaltsplanes veranschlagt.

Ich werde den Landesdirektor auch in diesem Jahr gerade wegen der besonders schwierigen kommunalen Haushaltslage schriftlich und in Gesprächen bitten, auf geringere Haushaltsbelastungen hinzuwirken.

FOLIE 12

Gleichwohl ist uns allen bewusst, dass der Landschaftsverband LWL seit vielen Jahren eine Beteiligung des Bundes an den Kosten der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen (6,4 Milliarden € jährlich in NRW) fordert und die Kommunen angesichts der jährlichen Steigerungsraten von durchschnittlich 10% entlastet.

Um diese erheblichen Kosten für den LWL stemmen zu können und die Städte und Gemeinden nicht über Gebühr zu belasten, streben wir erneut eine kräftige Entnahme aus der Ausgleichsrücklage an.

FOLIE 13

Die Ausgleichsrücklage belief sich zum 1. Januar 2024 auf knapp 30 Mio. €. Im Haushaltsplan 2024 war Entnahme in Höhe von ca. 12 Mio. € vorgesehen. Da wir aber laut Finanzstatusbericht vom 1. Juli 2024 mit einer Verschlechterung in Höhe von 2,21 Mio. € rechnen müssen, wir die Entnahme aus der Ausgleichsrücklage sogar gut 14 Mio. € betragen müssen.

Damit liegt der Bestand der Ausgleichsrücklage zum 1. Januar 2025 bei knapp 16 Mio. €. Die geplante Entnahme für 2025 liegt bei etwa 13 Mio. €. Da sich auch im darauffolgenden Jahr keine Entspannung abzeichnet, ist für 2026 eine weitere Entnahme von rund 3 Mio. € geplant.

Kreis bleibt verlässlich: Hebesatz der Kreisumlage steigt wie angekündigt

FOLIE 14

Der Zahlbetrag für die Kommunen wird wie im Eckdatenpapier angekündigt – *und bereits vor einem Jahr prognostiziert* – bei **171,24** Mio. € liegen. Unser Ziel war die Begrenzung des Zahlbetrags der allgemeinen Kreisumlage von **maximal 172 Mio. Euro**, da wir den Kämmerern und Bürgermeistern der Städte und Gemeinden diesen Wert bereits weit im Voraus mitgeteilt hatten und Verlässlichkeit ein hohes Gut darstellt.

Wir sind uns bewusst, dass die Städte und Gemeinden mit dem Rücken an der Wand stehen, weil Bund und Land die Kommunen im Regen stehen lassen. In ihrer Stellungnahme zum Eckdatenpapier sprechen die Bürgermeister von einer „Aushöhlung der Finanzkraft unserer Kommunen“, die „nicht hinnehmbar“ sei. Dabei richten sie den Vorwurf explizit an den „Bundes- und Landesgesetzgeber, der es

immer noch nicht geschafft hat, auf unsere Lage – auch die des Kreises – adäquat und damit mit der dauerhaften Zuweisung weiterer Finanzmittel zu reagieren. Auch eine Aufgabenbegrenzung, der Abbau von Standards oder die Umverteilung von Lasten – auch im Bereich der Migration – sind nicht erfolgt.“ Zitat Ende.

Um keine höhere Umlage einfordern zu müssen, schlage ich dem Kreistag vor, in diesen äußerst schwierigen Zeiten erstmals ein haushaltswirtschaftliches Risiko in Höhe von 3,6 Mio. € einzuplanen, das im nächsten Jahr durch Einsparungen ausgeglichen werden muss. *Dabei gehen wir – umgangssprachlich beschrieben – davon aus, dass wir unser Budget wie üblich nicht vollständig aufbrauchen werden und Restbeträge übrig bleiben. Nur wissen wir heute noch nicht, in welchem Bereich genau diese Gelder übrig bleiben werden.* Das geltende Haushaltsrecht sieht diese Möglichkeit ausdrücklich vor.

In den vergangenen Tagen zeichnet sich ab, dass sich der bisher eingeplante Haushaltsansatz im Bereich der Gebührenerträge für Windräder um einen Betrag im mittleren sechsstelligen Bereich erhöhen wird. Das ist eine der wenigen möglichen Etatverbesserungen, die die Bürgermeister angesprochen haben und über die ich mich bereits mit dem stellvertretenden Sprecher der Bürgermeister ausgetauscht habe.

Um die Belastung für die Kommunen zu reduzieren, werden wir zudem den Umstellungsprozess auf Notebooks für die Beschäftigten zeitlich ausdehnen. Anstelle von 500 Geräten werden im Jahr 2025 nur 250 Notebooks angeschafft, wodurch der Haushalt um 270.000 € entlastet wird.

Dies ist der ausdrückliche Wunsch der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister – wir kommen ihm nach!

Schuldenabbau: Wir schaffen Spielräume für die Zukunft

FOLIE 15

Wie in den vergangenen Jahren werden wir den Abbau der Schulden fortsetzen, um die finanziellen Spielräume der nachfolgenden Generationen nicht noch durch Schulden und Zinslast einzuschränken. Der Schuldenstand belief sich zum 1. Januar 2024 auf 3,85 Mio. €. Wir wollen ihn zum 1. Januar 2025 um 319.000 € auf dann nur noch 3,54 Mio. € senken. Insofern müssten nur noch 94.000 € als Zinsen aufgewendet werden.

Jugendamtsumlage:

Hervorragende Betreuung und Stärkung der Prävention

FOLIE 16

Wir investieren im Bereich der frühkindlichen Bildung sehr viel Geld. Mir ist die Belastung für die Jugendamts-Kommunen durchaus bewusst. Aber wir sehen auch, dass wir gut dastehen und den Familien gute, verlässliche Angebote machen können.

Hervorragende Kitaversorgung bietet jeder Familie einen Platz

Allen Familien konnte zum Kindergartenjahr 2024/2025 ein bedarfsgerechtes Betreuungsangebot gemacht werden.

7.367 Plätze insgesamt, davon 5.468 für Kinder über 3 und 1.899 für unter 3- Jährige Kinder in Kindertageseinrichtungen. Im Vergleich zum Vorjahr sind 144 Plätze ausgebaut worden.

Über 300 weitere Plätze stehen im Bereich der Kindertagespflege für Kinder unter 3 Jahren zur Verfügung.

56,9 % der Kinder unter 3 Jahren können damit in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege betreut werden. Auch unterjährige Bedarfe können vereinzelt noch bedient werden.

Durch den gemeinsamen engmaschigen Planungsprozess mit den Städten und Gemeinden gelingt es seit vielen Jahren, die entsprechenden Maßnahmen für die Erweiterung des Betreuungsangebotes umzusetzen.

Der Ausbau des Angebotes war und ist nur durch die deutliche auch finanzielle Unterstützung (u.a. Übernahme von Trägeranteilen, Zuschüsse für Investitionsmaßnahmen) durch die Städte und Gemeinden möglich.

Was mich sehr stolz macht und für die gute Betreuungssituation spricht, ist die sehr niedrige Zahl an Betreuungsausfällen.

Im aktuellen Kindergartenjahr liegen bisher keine Meldungen zu vollständigen Schließungen vor. Lediglich bei einer Einrichtung musste für den Monat August das Betreuungsangebot eingeschränkt werden, da eine Personalstelle nicht besetzt war. Die Neubesetzung erfolgte aber zum 01.09.24.

Im zurückliegenden Kindergartenjahr 2023/2024 waren von einer vollständigen Schließung einer gesamten Einrichtung auch lediglich 4

von 105 Einrichtungen betroffen. Und die Schließung umfasste dann nur einzelne Tage und keine längeren Zeiträume. Damit stehen wir im Kreis Warendorf wirklich gut da, wenn man sich mal in unserem Land umsieht – wenngleich jeder Schließungstag für die Eltern natürlich mit großen Herausforderungen und Stress einher geht.

OGS-Rechtsanspruch: Große Aufgabe für noch bessere Förderung und Betreuung

Ein weiterer Aspekt, der den Bildungsstandort stärkt, ist der Rechtsanspruch auf einen Ganztagsbetreuungsplatz im Primarbereich. Er richtet sich ab dem Schuljahr 26/27 aufbauend (beginnend mit Klasse 1) an den Träger der öffentlichen Jugendhilfe. Insofern ist diese Leistung absehbar mit erheblichen Investitionskosten für den Kreis sowie die Städte und Gemeinden verbunden. Der Betreuungsbedarf wird im Kreis Warendorf bei 80% - 100% geschätzt.

In Vorbereitung auf die Umsetzung: enge Kooperation mit Städten und Gemeinden (Schulträgern, OGS-Trägern, Jugendhilfeplanern...), Fachtage (über Raum- u. Flächennutzungskonzept, Teamgestaltung...) erfolgt bzw. weitere in Planung

FOLIE 17

Wie eingangs erwähnt kostet Qualität bei der Kita-Versorgung viel Geld, das aber gut investiert ist. Im HH-Planentwurf ist ein Hebesatz der Jugendamtsumlage von 23,0 % angekündigt. Der Zahlbetrag soll bei 62,95 Mio. € liegen.

FOLIE 18

Seit gestern Nachmittag sind wir allerdings etwas schlauer:

Nach intensiven und vertrauensvollen Gesprächen zwischen kommunalen Spitzenverbänden und Landesregierung wird diese den örtlichen Trägern der öffentlichen Jugendhilfe Ausgleichszahlungen in Höhe von insgesamt rund 1 Mrd. Euro zukommen lassen.

Erst seit gestern Nachmittag kennen wir den Betrag aus der RechtsVO der Landesregierung. Wir erhalten insges. **7,37 Mio. Euro** aus der Nachzahlung – knapp 6,1 Mio. Euro in diesem Jahr, rund 1,3 Mio. Euro Anfang nächsten Jahres. Wir werden diese Summe über die Ausgleichsrücklage in den HH 2025 transportieren und können damit die Jugendamtsumlage ganz erheblich reduzieren.

FOLIE 19

Der neue Hebesatz liegt bei 20,3 % - oder 55,58 Mio. Euro. Das sind satte 3 Mio. Euro weniger als 2024! Die Städte Ahlen, Beckum und Oelde mit eigenem Jugendamt werden ebenfalls vom Land entlastet: Ahlen erhält rd. 1,8 Mio., Beckum knapp 1,6 Mio. und Oelde gut 1,2 Mio. – insgesamt 4,6 Mio. Euro. **Endlich mal gute Nachrichten!!!**

Außerdem wird das Land seinen Anteil an den Kita-Kosten für das Kita-Jahr 2025/26 anheben und unseren Kostenanteil damit verringern. Allerdings besteht im Etatentwurf weiterhin das bekannte Risiko noch höherer Anhebungen der sog. Kindpauschalen – plus 5% sind schon eingeplant - und auch erhöhter Aufwendungen für die Heimbetreuung für Kinder und Jugendliche. Wir werden diese drei Effekte in den nächsten Wochen eingehend prüfen und das Ergebnis in die Beratung des Fachausschusses einbringen.

Suchtprävention: Kinder stärken und vor Drogen schützen

FOLIE 20

Wir stellen fest, dass der Konsum legaler und illegaler Drogen weiterhin durchaus im Leben junger Menschen im Kreis Warendorf vorkommt. Es wäre naiv und geradezu verantwortungslos, diese Realität auszublenden. Auch wenn die Zahl der Alkoholvergiftungen wie im bundesweiten Trend kontinuierlich sinkt, kommen sie noch zu häufig vor.

Wir erleben, dass auch andere Drogen konsumiert werden. Die Verharmlosung von Cannabis durch die kürzlich erfolgte Legalisierung verschärft das Problem. Wir sehen zudem, dass die Suchtprävention bislang nicht alle Schülerinnen und Schüler erreicht hat.

Ein Grund dafür ist, dass es bislang keine übergreifende bzw. kreisweit gültigen Qualitätsstandards für die Suchtprävention an den Schulen gibt. Das werden wir ändern!

Wir werden kreisweit einheitliche Qualitätsstandards setzen und eine verbindliche Durchführung von Präventionsmaßnahmen verankern. Das ist im Hinblick auf die hohe Relevanz des Themas dringend erforderlich.

Um alle Schüler im Kreis Warendorf im Rahmen einer verbindlichen und konzeptionell klar strukturierten Suchtprävention erreichen zu können, schlagen wir vor, dass jede Schule ein bis zwei Mitarbeiter, die einheitlich zum Thema „Sucht“ fort- und weitergebildet werden bereitstellt. Im Idealfall handelt es sich dabei um ein Tandem aus Schulsozialarbeit und Kollegium.

Schüler sollen jeweils in der 7. Klasse, 8. Klasse und 9. Klasse mit aufeinander aufbauenden und mit einheitlichen Qualitätsstandards hinterlegten Angeboten der Suchtprävention erreicht werden.

Neben dem Erwerb von Wissen über die wesentlichen gesellschaftlich relevanten Süchte werden den Schülerinnen und Schülern auch Schutzfaktoren und gesundheitliche Aspekte wie Jugendarbeit, Resilienz und Beteiligungsmöglichkeiten aufgezeigt. Dazu gehört auch der Besuch des Revolution Train.

Die Qualitätsstandards werden jährlich evaluiert und den Bedarfen der Schülerinnen und Schülern entsprechend angepasst.

Die Demokratie stärken, Antisemitismus bei der Wurzel packen – das Jugendförderprogramm des Kreises Warendorf

FOLIE 21

Vor ziemlich genau einem Jahr habe ich meine Rede zur Einbringung des Haushaltes 2024 unter dem verstörenden Eindruck des Terrorangriffs der Hamas auf Israel gehalten. Wir haben uns anschließend mit großer Mehrheit darauf verständigt, ein Jugendförderprogramm aufzulegen, das antisemitischem Gedankengut in dieser Gesellschaft entgegenwirken soll.

Nahezu täglich sehen wir, dass auf den Straßen unseres Landes gegen Juden gehetzt und die Vernichtung des Staates Israel gefordert wird. Islamisten und Linksextremisten gehen dabei oftmals eine unheilige Allianz ein, der unsere Gesellschaft und ihre Institutionen entschieden entgegentreten müssen. Dabei gilt es, den Judenhass im rechtsextremen Spektrum nicht aus den Augen zu verlieren. Es darf

nicht sein, dass sich Juden in unserem Land nicht sicher fühlen – und doch ist es viel zu oft traurige Realität.

Eine kürzlich erschienene repräsentative Umfrage des Allensbach-Instituts hat gezeigt, dass Antisemitismus in NRW weit verbreitet ist. Dabei gibt es verschiedene Ausprägungen. Es fällt aber auf, dass 16- bis 18-Jährige auffällig israelfeindlich eingestellt sind.

Das Förderprogramm zielt darauf ab, die Förderung demokratischer Werte und die Bekämpfung von Extremismus und Antisemitismus zu unterstützen. Es soll Jugendliche befähigen, aktiv an der demokratischen Gesellschaft teilzunehmen und sich gegen jede Form von Extremismus und Antisemitismus zu stellen.

Eine der wichtigsten Maßnahmen ist dabei die Kooperation mit zivilgesellschaftlichen Organisationen, also die Zusammenarbeit mit Bildungseinrichtungen wie z.B. Gedenk- und Forschungsstätten. Jede Schule soll die Möglichkeit haben, eine Gedenkstätte – sei es Auschwitz, Buchenwald oder die Wewelsburg – zu besuchen.

Die Initiative sollte von den Schulen ausgehen, der Kreis wird Gelder zur Verfügung stellen und den Kontakt zu den Gedenkstätten vermitteln.

Darüber hinaus sollen Experten und Zeitzeugen zu Vorträgen und Diskussionsrunden in die Schulen eingeladen werden können. Regelmäßige Fortbildungen für Lehrkräfte zur Stärkung ihrer Kompetenzen in der Demokratiebildung und Extremismusprävention sind ein weiterer wichtiger Baustein.

Wichtiges Projekt braucht vernünftige Finanzierung

Für die Realisierung des Konzepts wollen wir 100.000 € in den Kreisaushalt 2025 einstellen. Das Förderprogramm wird durch Mittel des Kreises Warendorf und ggf. durch private Stiftungen und Fördergelder Dritter finanziert.

Schulen auf dem Gebiet des Kreises Warendorf können Förderanträge stellen, um finanzielle Unterstützung für die Umsetzung der Maßnahmen zu erhalten. Eine zentrale Koordinierungsstelle beim Kreis Warendorf übernimmt die Verteilung der Mittel und die Unterstützung der Schulen bei der Antragstellung und Umsetzung der Projekte. Zur administrativen Umsetzung soll eine halbe Stelle eingerichtet werden, die dem Archiv zugeordnet wird.

Ich bin überzeugt, dass wir bei Schülerinnen und Schülern die größten Erfolge erzielen werden und eine Chance haben, das Gift des Antisemitismus in unserer Gesellschaft einzudämmen.

Energieeffizienz – wirtschaftliche und ökologische Vernunft

FOLIE 22

Als Teil der öffentlichen Verwaltung sehen wir unsere Vorbildfunktion auch bei der Energieeffizienz. Beim European energy award – eea – sind wir weiter auf Gold-Kurs. Unsere Neubauten sind ausnahmslos energieautark. Unsere Gebäude werden kontinuierlich energieeffizient nachgerüstet. Wo es möglich ist, installieren wir PV-Anlagen, um z. B. in den Berufskollegs einen erheblichen Anteil des benötigten Stroms selbst zu erzeugen. Um sichtbares Vorbild zu sein, werden wir am Kreishaus auch mit Photovoltaik-Anlagen überdachte Parkplätze schaffen.

Hochbau auf Hochtouren

FOLIE 23

Im Bereich des Hochbaus setzen wir aktuell mehrere Projekte um. Dazu gehört der im Bau befindliche Schulische Lernort in Warendorf, der ein besonderes Angebot für Schüler mit Förderbedarf im Bereich der emotionalen und sozialen Entwicklung bereithält. Diese Schüler haben einen hohen Betreuungsbedarf und können in der Regel nicht in ihren Schulklassen unterrichtet werden. Oft stören sie den Unterricht erheblich und verzögern den Lernerfolg der übrigen Schülerinnen und Schüler massiv.

Bisher gibt es einen solchen Lernort nur in Ahlen. Wir schaffen mit dem zweiten Standort ein Angebot für den Nordkreis und entlasten damit die Schulen in den Kommunen des Nordens erheblich.

Des Weiteren sind die umfangreichen Baumaßnahmen für die bereits erwähnten Angebote des Offenen Ganztages (OGS) an der Astrid-Lindgren-Schule am **Standort Beckum** zu nennen.

Um die Bedingungen im Rettungswesen weiter zu verbessern, werden neue Feuer- bzw. Rettungswachen in Ennigerloh und Sendenhorst gebaut.

FOLIE 24

Auf dem Außengelände des Kulturguts Haus Nottbeck werden mittlerweile Ausstellungen ermöglicht. Besonders freue ich mich, dass es nach vielen Jahren gelungen ist, einen **Leitungswasseranschluss** ans Kulturgut zu legen, was der Gastronomie sehr hilft und auch die Ausrichtung größerer Veranstaltungen deutlich erleichtert. Zudem

wurde zusätzlicher Lagerraum und eine Sanierung der Gräben durchgeführt.

Wir schützen unsere Bevölkerung – in jeder Situation

FOLIE 25

Zu Beginn meiner Rede habe ich Bezug auf das Jahr 1975 und die sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen in dieser Zeit genommen. Damals verfügte die Bundeswehr über 486.000 Soldaten und war mit modernstem Material ausgestattet.

Der zivile Bevölkerungsschutz (Katastrophenschutz) war eine feste Größe in der Sicherheitsarchitektur unseres Landes. Seit 1990 hat die Notwendigkeit der Verteidigungsbereitschaft und die Vorhaltung für den Bevölkerungs- und Katastrophenschutz abgenommen. Doch die vergangenen zweieinhalb Jahre haben gezeigt, dass unsere Gesellschaft nur sehr bedingt auf Angriffe fremder Mächte oder terroristischer Gruppen vorbereitet ist. Hybride Kriegsführung die auf die zivile Infrastruktur wie Strom-, Gas-oder Wasserversorgung zielt, kann uns momentan hart treffen.

FOLIE 26

Doch wenn die Menschen in unserem Land wieder besser vorbereitet in der Lage sind, sich in Krisensituationen selbst zu helfen – das gilt übrigens auch für mögliche Naturkatastrophen wie Hochwasser oder Stromausfälle durch Stürme – müssen wir uns weniger vor Angriffen oder Ausnahmesituationen fürchten.

Um die Selbsthilfefähigkeit in der Bevölkerung zu stärken, haben wir eine Informationskampagne zur Sensibilisierung der Bevölkerung gestartet. Dabei wird uns ab sofort unser neuer *Infoanhänger zum Bevölkerungsschutz* helfen. Er wird in Kürze fertig.

Schon bald wird er vor Ort in den Kommunen präventiv zum Bevölkerungsschutz und zur Eigenvorsorge informieren. Angedacht ist, dass in Absprache mit den Städten und Gemeinden der Anhänger bei Stadtfesten und sonstigen Veranstaltungen durch die jeweilige Kommune aufgestellt und betrieben wird, um die Bürgerschaft zu sensibilisieren eigene Vorkehrungen für größere Schadensereignisse zu treffen. Diese Vorgehensweise wird von den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern im Kreisgebiet einhellig unterstützt.

Auch bei weiteren Festivitäten im Kreisgebiet ist ein Einsatz des Anhängers möglich. Insbesondere die selbstständige Nutzung der im Anhänger fest verbauten Touchscreens mit den aufgespielten Aufklärungsvideos durch die Besucher und Besucherinnen der Veranstaltungen ist gewünscht. Gerade auch durch die auffällig gestaltete Optik des Anhängers erhoffen sich alle Beteiligten einen regen Zulauf.

Auch die Informationskampagne zur Sensibilisierung der Bevölkerung für Krisenlagen und Stärkung der Selbsthilfefähigkeit wurde weiter betrieben. Hierzu wurden unter Mitwirkung von Einsatzkräften aus dem Kreis Warendorf Aufklärungsvideos erstellt und seitdem wiederkehrend in den sozialen Medien veröffentlicht.

Jederzeit griffbereit – unsere Lagerhalle für Schutzmaterialien

FOLIE 27

Wir bereiten uns auf verschiedene Szenarien vor, in denen die Bevölkerung etwa vor Unwettern oder Naturkatastrophen geschützt werden muss. Die vergangenen Starkregenereignisse bis hin zu örtlichen kleinen Tornados haben gezeigt, dass das notwendig ist. Ein wichtiger Baustein ist die Bevorratung mit Schutzmaterialien. Dazu

zählen neben Sandsäcken auch Verbandsmaterialien, Desinfektionsmittel, Schutzkleidung, Schutzmasken, Feldbetten, Kinderspielzeug, Tische, Bänke und vieles mehr. Seit Juli nutzt der Kreis Warendorf ein Hochregallager der Firma Niehoff in Warendorf, um dort Material für den Bevölkerungsschutz einzulagern.

Aktuell lagern wir bereits 10.000 gefüllte und ca. 100.000 ungefüllte Sandsäcke auf Euro-Paletten, sodass wir sie im Bedarfsfall sehr schnell zur Gefahrenabwehr einsetzen können.

Als die Pläne für ein Bevölkerungsschutzzentrum vorgestellt wurden, ging der geschäftsführende Gesellschafter Bernd-Theo Niehoff auf den Landrat zu und bot seine leerstehende Halle an. Die Idee ist bei uns sofort auf fruchtbaren Boden gefallen. Es ist effizienter ein bestehendes Gebäude zu nutzen, als eine neue Halle zu bauen. Das Hochregallager ist für die Anforderungen des Katastrophenschutzes ideal geeignet und auch finanziell hat diese Lösung viele Vorteile für den Kreis, der durch die Anmietung statt eines Neubaus viel Steuergeld sparen kann.

Der Bevölkerungsschutz bekommt einen Standort

Als Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius in diesem Jahr die Sportschule der Bundeswehr hier in Warendorf besuchte, fragte ich ihn bei dieser Gelegenheit, was der Bund im Krisenfall von den Kommunen im Rahmen der zivil-militärischen Zusammenarbeit erwartet.

Er antwortete mir, dass die Kommunen (also die kreisfreien Städte, die Kreise und die kreisangehörigen Kommunen) für die Versorgung der

Zivilbevölkerung zuständig seien. Dabei geht es um die Bereitstellung von Trinkwasser und Arzneimitteln, sowie die Unterbringung hilfsbedürftiger Menschen bei Stromausfällen oder sonstigen außergewöhnlichen Ereignissen. Genau diese Anforderungen werden wir mit unserem Bevölkerungsschutzzentrum erfüllen. Dort wird es möglich sein bis zu 350 Menschen in einer ad hoc Krisensituation unterzubringen, zu betreuen und zu verpflegen.

Auch besteht dort die Möglichkeit kurzfristig Impfkationen der Bevölkerung durchzuführen. Auch größere Infoveranstaltungen für die Bevölkerung sind dort möglich. Natürlich soll die Multifunktionshalle auch außerhalb von besonderen Ereignissen genutzt werden. Hier sind exemplarisch Jägerprüfungen, Fischerprüfungen oder auch Rettungsdienstfortbildungen denkbar.

Aktuell führen wir das Vergabeverfahren für die Objektplanung der Multifunktionshalle durch. Wir suchen ein leistungsstarkes und kreatives Architekturbüro.

Gefahr erkannt, Gefahr gebannt – die KI als Katastrophenschützer

FOLIE 28

Die größte Herausforderung für den Katastrophenschutz bleiben in absehbarer Zeit die Auswirkungen des Klimawandels in Form von Stürmen oder Starkregenereignissen. Wir werden daher weiterhin einen Fokus auf die Anpassung der Infrastruktur an diese Entwicklung legen.

Die Hochwasser-Ereignisse vor einem Jahr in Ahlen, Beckum, Oelde und Beelen haben gezeigt, wie real die Bedrohung ist. Neben der Bevorratung mit Sandsäcken und weiteren Hilfs- und Schutzmaterialien erkundet die Kreisverwaltung gerade verschiedene

Systeme, bei denen u.a. hydro-numerische Modelle mit KI-Algorithmen verknüpft werden, um so Echtzeitsimulationen zur Hochwasserlage durchzuführen. Dabei werden auch Vertreter der Städte und Gemeinden, die für den technischen Hochwasserschutz zuständig sind, einbezogen. Es sind allerdings noch weitere Abstimmungen notwendig.

FOLIE 29

Ziel ist es, schon möglichst früh, verlässliche Informationen über potentielle Auswirkungen von sich abzeichnenden Starkregen- und Hochwasserereignisse zu erhalten, um angemessen reagieren so können. So wollen wir beispielsweise wissen können, wo wir Sandsackbarrieren aufbauen müssen, um die Menschen und ihr Hab und Gut möglichst effektiv schützen zu können.

KI steigert Bürgerfreundlichkeit der Verwaltung – Voice-Bot wird in der Zulassungsstelle erprobt

FOLIE 30

Die Kreisverwaltung hat sich auf die Fahne geschrieben, einen sogenannten Voice- bzw. Phone-Bot zu entwickeln. In Kooperation mit der NTT, ein auf die Entwicklung solche Bots spezialisiertes Unternehmen, ist zunächst ein Prototyp innerhalb eines Projekts entstanden. Damit bewegt sich die Kreisverwaltung auf neuem und weitestgehend unbekanntem Terrain. Die Entwicklung eines Voice- oder Phone-Bots ist komplex, weil dieser unterschiedliche Sprachen, Stimmen und Dialekte erkennen muss. Anders als ein Chat-Bot kann er die Informationen nicht – mehr oder weniger ungefiltert – von einer bereits existenten Homepage wiedergeben. Somit müssen Fragen und Antworten zu Beginn selbst eingepflegt werden bis ein

automatischer Lerneffekt des Bots entsteht. Der Prototyp wird zurzeit in der Zulassungsstelle getestet.

Parallel zum Prototypen arbeitet die Kreisverwaltung darauf aufbauend an der Ausschreibung eines umfassenderen Voice- oder Phone-Bots. Denn Ziel muss sein, den Voice oder Phone-Bot auch auf andere Bereiche in der Kreisverwaltung, die dazu geeignet sind, auszuweiten. Zudem ist bei der Weiterentwicklung des Bots der verstärkte KI-Einsatz im Fokus.

So wird auch für das Gesundheitsamt die Einführung eines Chat-Bots vorbereitet.

Digitalisierung verschlankt und beschleunigt Prozesse

FOLIE 31

Die Bedeutung der E-Akte in der Kreisverwaltung nimmt weiter zu. Neben vielen personell starken Ämtern die bereits vollständig papierlos arbeiten wie etwa dem Haupt- und Personalamt, der Ausländerbehörde und dem Jobcenter, sind seit 2024 weitere Ämter mit der E-Akte im Einsatz, wie das große Amt für Umweltschutz und Straßenbau, das Rechnungsprüfungsamt oder das Rechtsamt.

Im Sozial-, Ordnungs-, Veterinär- und Gesundheitsamt sowie in der Kämmerei wird die Einführung der E-Akte planmäßig 2025 abgeschlossen werden. Darüber hinaus gibt es bereits heute schon zahlreiche „Insellösungen“ – das bedeutet, dass einzelne Sachgebiete bereits digital arbeiten, während der Rest des Amtes noch auf eine Einführung der E-Akte vorbereitet werden. Ein Beispiel wäre das Amt 32 („Ordnungsamt“), in dem die Ausländerbehörde schon länger komplett digital arbeitet während etwa das Straßenverkehrsamt erst im Laufe des Jahres 2025 mit der Einführung der E-Akte beginnen wird.

2025 sollen dann rund 75 % der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit der E-Akte digital arbeiten. Das ist kein Selbstzweck, sondern dient einer schnelleren Bearbeitung der Fälle, einer besseren Dokumentation und letztlich ist es bürgerfreundlicher und schont Ressourcen, wie etwa Papier.

Blick ins Grüne, Klick in die Cloud – Geförderter Glasfaserausbau

FOLIE 32

Da unser Projekt zum Ausbau der Glasfaser-Infrastruktur in den Außenbereichen sowie für Schulen und Unternehmen kurz vor dem Abschluss steht, will ich nur kurz auf dieses Erfolgsprojekt eingehen. Aktuell werden noch die letzten Anschlüsse gelegt und aktiviert.

In Telgte, Beckum und Ennigerloh haben sich die Bauarbeiten durch den Wechsel bzw. die Insolvenz der ausführenden Bauunternehmen verzögert. Dort werden wir Ende des Jahres fertig sein. Insgesamt haben wir rund 10.500 Adressen mit gigabitfähigen Glasfaserinfrastrukturen bzw. „schnellem Internet“ versorgt und so maßgeblich die Infrastruktur für viele landwirtschaftliche Betriebe, aber auch zahlreiche mittelständische Unternehmen entscheidend verbessert.

Die Glasfaserinfrastruktur wird nach dem Ende des Projektes allerdings weiter ausgebaut. Mit dem **Bundesförderprogramm Upgrade „Hellgraue Flecken“** werden zusätzlich rund 1.300 weitere Adressen – die aktuell nur eine Breitbandverfügbarkeit zwischen 30 und 100 Mbit/s haben – versorgt. Das Projekt läuft noch bis ins Jahr 2025.

Darüber hinaus profitieren bis 2025 rund 700 förderfähige Unternehmensstandorte vom Bundesförderprogramm Sonderprogramm Gewerbegebiete. Dabei handelt es sich um Adressen ohne Zugriff auf Glasfaser- und/oder Kabelnetze

Weiterhin könnten rund 1.100 förderfähige Adressen ohne Zugriff auf Glasfaser- und/oder Kabelnetze sowie ohne Ankündigungen von privatwirtschaftlichen Ausbauvorhaben durch Telekommunikationsunternehmen vom **Bundesförderprogramm „Graue Flecken“ profitieren**. Das Vergabeverfahren läuft aktuell und die Kommunen entscheiden nach Angebotslage über die Umsetzung. Als möglicher Ausbauezeitraum werden die Jahre 2025 bis 2027/28 genannt.

Netzabdeckung stetig verbessern (Mobilfunkausbau)

FOLIE 33

Seit 2023 ist die Zahl der Mobilfunkmasten von 195 auf 201 gestiegen. Weitere 6 Masten befinden sich im Bau. Weitere 8 Standorte werden durch den Mobilfunkkoordinator vorangetrieben (Liegenschaftssuche, Vertragsverhandlungen).

Weitere 26 Ausbaumaßnahmen (maßgeblich 5G-Ausbau) und Neubaumaßnahmen befinden sich in der Planungsphase.

Kulturelle Leuchttürme auf dem Land

FOLIE 34

Ein Herzensanliegen des Kreises ist die Förderung der Kultur auf dem Land. In diesem Bereich haben wir in den vergangenen Jahren viel bewegt und bieten im ländlichen Raum herausragende Kulturangebote.

So war im Museum Abtei Liesborn ein spürbarer Anstieg der Besucherzahlen zu vermerken. Allein die erfolgreiche PLAYMOBIL-Sonderausstellung, in der die Geschichte der Abtei spannend für Kinder und Erwachsene aufbereitet wurde, lockte über 10.000 Besucher an.

Auf dem Kulturgut Haus Nottbeck ist vor allem die Sonderausstellung „Comics in Westfalen“ viel beachtet worden.

Im Religio in Telgte ist vor allem die Jubiläumsausstellung zum 90-jährigen Bestehen dieses besonderen Museums hervorzuheben. Bedeutende Objekte sowie Neuerwerbungen der letzten Jahre wurden erstmalig der Öffentlichkeit präsentiert. Außerdem wurde die Virtual-Reality-Animation zum Telgter Hungertuch, die das Museumsteam eigens entwickelt hat, präsentiert.

Im kommenden Jahr dürfen wir uns z. B. in Liesborn auf die Chagall – Picasso - Miró freuen. Und im Park von Haus Nottbeck wird es einen Poesieparcours geben.

Praktiker aus Warendorf *briefen* Theoretiker in Berlin (Situation der Ausländerbehörde)

FOLIE 35

Die Steuerung des erheblichen Zuzugs von Flüchtlingen aus verschiedenen Teilen der Welt ist seit vielen Jahren eine der größten Aufgaben für die öffentliche Verwaltung und eine der umfassendsten Herausforderungen für die Gesellschaft insgesamt.

Ein Aspekt ist die Rückführung der Menschen in ihre Herkunftsländer, die kein Anrecht auf Asyl haben oder dieses etwa durch das Begehen von Straftaten verwirkt haben.

Unsere Praktiker in der Ausländerbehörde wissen, an welchen Faktoren die Abschiebungen ausreisepflichtiger Menschen scheitern. Daher haben ich Kanzleramtsminister Wolfgang Schmidt in meiner Funktion als Präsident des Landkreistages NRW bei Beratungen in Berlin auf diese Faktoren hingewiesen und sie ihm in einem ausführlichen Schreiben dargelegt.

Abschiebungen scheiterten und scheitern – um nur einige Punkte zu nennen – an fehlenden Direktflügen nach Afghanistan, Russland, Somalia oder Syrien. Sie scheitern, weil Marokko, der Irak und der Iran keine Passersatzpapiere ausstellen und der Iran eine „Freiwilligkeitserklärung“ der Betroffenen verlangt, die praktisch niemand unterschreibt. Sie scheitern auch, weil Guinea erst dann Passersatzpapiere ausstellt, nachdem eine Delegation alle paar Jahre zur persönliche Anhörung der Fälle nach Deutschland reist.

Windkraft kontrolliert ausbauen

FOLIE 36

Die Windkraft ist ein elementarer Faktor, um Energie günstig, verlässlich und vor allem CO₂-neutral zu erzeugen. Aktuellen Angaben der Landesregierung zufolge wurden im ersten Halbjahr 2024 in Nordrhein-Westfalen 228 neue Windenergieanlagen genehmigt – mehr als ein Viertel aller bundesweiten Genehmigungen. 20 davon liegen im Kreisgebiet.

Allerdings sehen wir einen bundes- und landesweit regional sehr unterschiedlichen Ausbau der Windenergie, denn ein Schwerpunkt liegt im Münsterland. Im Kreis Warendorf haben wir 2023 und 2024 bisher 52 Neuanlagen genehmigt. 70 WEA befinden sich im Genehmigungsverfahren. Das zeigt: Wir leisten hier einen erheblichen Beitrag zum Ausbau der Windenergie. Es ist aber darüber hinaus eine deutliche und offensichtliche Übererfüllung der vorgesehenen Flächenziele im Kreis Warendorf und in vielen Teilen des Münsterlandes.

Ich bin der festen Überzeugung, dass wir die Akzeptanz dieser Form der Energiegewinnung nur erhalten, wenn es gelingt, den Ausbau so schnell wie möglich auf bestimmte Bereiche zu konzentrieren. Dazu ist die Anpassung des Regionalplans der richtige Weg. Bis dieser aber greift, brauchen wir eine Übergangsregelung des Landes oder des Bundes.

Denn: 29 von 31 im Jahr 2024 beantragten WEA würden außerhalb der zukünftigen Windenergiebereiche des Regionalplans liegen!

Der derzeit weitgehend ungesteuerte Zubau, muss beendet werden. Darauf haben wir Wirtschaftsministerin mehrfach schriftlich hingewiesen.

Wir fördern eine intakte Natur

FOLIE 37

Wir wollen in einer intakten Natur leben, die sowohl Lebensraum für Tiere und Pflanzen als auch Produktionsstätte für Lebensmittel ist. Wie in vielen anderen Kreisen ergibt sich daraus auch bei uns ein Spannungsverhältnis. Seit vielen Jahren setzen wir daher in diesem

Zusammenhang auf den Vertragsnaturschutz. Er ist eines der effizientesten Naturschutzinstrumente zur Förderung der Artenvielfalt. Über einen Vertrag verpflichten sich Landwirte, Naturschutzmaßnahmen auf ihren Flächen umzusetzen. Dafür erhalten sie eine Ausgleichszahlung aus Fördergeldern des Landes NRW bzw. der EU.

Hierbei ist es wichtig, die Landwirte intensiv zu beraten und geeignete Flächen mit wirkungsvollen Maßnahmen zu kombinieren. Nicht nur die Biodiversität, sondern auch die Landwirte profitieren durch sichere Einkünfte vom Vertragsnaturschutz.

Der Kreis Warendorf setzt dafür gezielt Personal und Kompetenz ein, denn die Untere Naturschutzbehörde (UNB) entscheidet am Ende fachlich über jede einzelne Maßnahme.

Stetig wachsende Vertrags- und Hektarzahlen zeigen den Erfolg. 2024 wurden auf rund 900 Hektar 219 Maßnahmen Vertragsnaturschutz betrieben. Fördermittel in Höhe von gut 850.000 Euro fließen in den Kreis Warendorf. Tendenziell könnte dieser Betrag im folgenden Jahr noch steigen.

Wald aufforsten, Landschaft gestalten, Klima schützen

FOLIE 38

Wald aufzuforsten ist eine äußerst effektive Maßnahme, um dem Klimawandel zu begegnen. Wald speichert Kohlenstoff, kühlt an heißen Tagen und bietet vielen Tieren einen Lebens- sowie den Menschen einen Erholungsraum.

Es spricht alles für eine Vergrößerung der Waldfläche. Daher haben wir es uns zum Ziel gesetzt, in den kommenden Jahren für jeden Bürger einen Baum zu pflanzen. Seit 2022 haben wir schon über

60.000 Setzlinge in die Erde gebracht. Allein in diesem Jahr haben wir schon 22.000 Bäume gepflanzt.

Wir wollen eine „Aufforstungs-Gesellschaft“ gründen

Um noch mehr Bäume in unsere Kulturlandschaft zu bringen und diesen Prozess zu verstetigen, wollen wir eine „Aufforstungs-Gesellschaft“ aufbauen. Ein eingetragener Verein wäre als gemeinnützige Organisation zuwendungsfähig. Somit könnten etwa Privatpersonen Geld spenden, was dann zur Umsetzung verschiedener Pflanzaktionen oder ähnlicher Maßnahmen, wie etwa unserer jährlichen Obstbaum-Aktion verwendet werden könnte.

Mitglieder des Vereins könnten Vertreter verschiedener Organisationen des ländlichen Raums wie Land- und Forstwirtschaft, Umwelt- und Naturschutz, Jäger, Imker oder auch die Heimatvereine sein. Sie würden als gleichberechtigte Partner untereinander vereinbaren, welche Maßnahmen umgesetzt werden können.

Wasser ist Leben – Wiedervernässung fördert Artenvielfalt in der Kulturlandschaft

FOLIE 39

Die Wiedervernässung von Mooren, Heiden oder anderen Flächen ist ein wichtiger Baustein für den Arten- und den Klimaschutz. Wasser in der Landschaft ist wichtig für das Überleben der heimischen Tier- und Pflanzenwelt. Als hocheffektive CO²-Speicher spielen neben Mooren auch feuchte Grünlandflächen eine wesentliche Rolle.

Der Kreis kann mit der Brüskenheide bereits auf ein erfolgreich durchgeführtes Projekt zurückblicken.

Nach dem erfolgreichen Abschluss dieses Projektes steht der Kreis Warendorf mit Ideen, Engagement und finanziellen Mitteln bereit, um weitere Projekte im Rahmen der Wiedervernässung anzugehen.

Daher soll u.a. das etwa 187 Hektar umfassende Naturschutzgebiet „Füchter Moor“ in den Fokus genommen werden. Es handelt sich um ein aus Naturschutzsicht hochwertvolles Areal mit großem Potenzial für eine ökologische Aufwertung durch Wiedervernässung, die auch zum Klimaschutz beitragen kann.

Die größte Hürde für jegliche weitere Maßnahme ist und bleibt jedoch die Verfügbarkeit geeigneter Flächen – hier wird die meiste Überzeugungsarbeit geleistet werden müssen. Die Umsetzung in der Brüskenheide hat gezeigt, dass es gelingen kann!

Unser Auftrag ist die Arbeit für die Menschen

FOLIE 40

Was treibt die gut 1.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beim Kreis jeden Tag an? Wofür setzen sie sich tagtäglich ein? Es sind die Menschen im Kreis Warendorf.

- Wir setzen die Kinderbetreuung in Kitas und Tagespflege um und sind dabei richtig erfolgreich. Dass jedes Kind einen Kita-Platz bekommt, ist in Deutschland keine Selbstverständlichkeit – im Kreis Warendorf kriegen wir das hin.
- Wir bauen mit den Städten und Gemeinden den „offenen Ganztag“ aus, damit Betreuung und schulische Bildung noch besser werden.

- Wir machen unsere Kinder stark gegen Drogen und bekämpfen das Gift des Antisemitismus in unserer Gesellschaft.
- Wir organisieren den Sozialstaat in all seinen Facetten.
- Bei unseren eigenen Gebäuden sind wir Vorreiter bei Energie-Effizienz und der Umsetzung moderner Technologien.
- Wir setzen uns für schnelles Internet, bessere Mobilfunknetze und einen effektiven Rettungsdienst ein und sichern so gleichwertige Lebensverhältnisse auf dem Land.
- Wir schützen unsere Bevölkerung, vor den Auswirkungen von Naturkatastrophen, aber auch vor möglichen Feindseligkeiten anderer Staaten. Dabei motivieren wir besonders zur Eigenvorsorge, denn wer gut vorbereitet ist, kann Notsituationen besser bewältigen.
- Im Verwaltungsalltag steigern wir die Bürgerfreundlichkeit durch moderne Technik, um Behördengänge möglichst unkompliziert zu gestalten.
- Wir setzen uns für eine intakte Natur in einer intensiv genutzten Kulturlandschaft ein und vermitteln zwischen verschiedensten berechtigten Interessen.
- Und nicht zuletzt versteht sich der Kreis Warendorf als wahrnehmbare Stimme des ländlichen Raums in Berlin und Düsseldorf.

Gemeinsam Verantwortung für unsere Heimat übernehmen

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

Sie sehen, dass wir unter schwierigen Rahmenbedingungen einen Haushalt einbringen, der sowohl im sozialen als auch im ökologischen Bereich in die Zukunft investiert, die Infrastruktur erhält und ausbaut und die Dienstleistungen der Verwaltung für die Bürgerinnen und Bürger stetig verbessert.

All das – von dessen Wichtigkeit wir überzeugt sind – wollen wir umsetzen, ohne die Städte und Gemeinden über Gebühr zu belasten. Daher gehen wir rigoros an unsere Rücklagen und darüber hinaus erstmals überhaupt ins Risiko – Stichwort: globale Minderausgaben.

Ich bin zuversichtlich, dass wir den kommenden Wochen durch ernsthafte Gespräche eine Lösung finden werden, die eine breite Mehrheit in diesem Haus findet. Die Menschen in diesem Land erwarten von uns, dass wir Probleme lösen, pragmatisch entscheiden und uns nicht in parteitaktischen Spielchen verheddern. Ich wünsche uns gute, ergebnisreiche Beratungen und danken Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.